

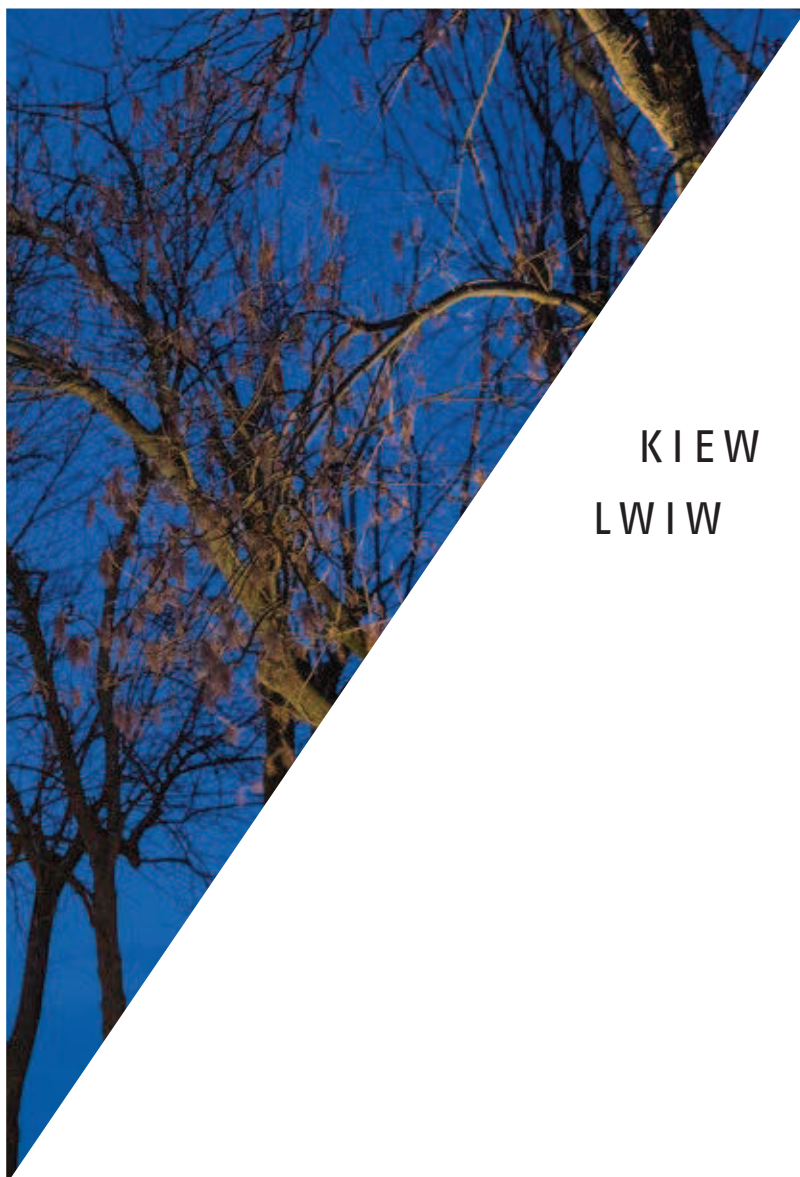
Museen und Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer der
kommunistischen Diktaturen

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.
Erarbeitet von Anna Kaminsky, Ruth Gleinig und Lena Ens.

Sandstein Verlag, Dresden



Außengelände des Museums
»Memorial für die Opfer
des Holodomor« in Kiew



KIEW
LWIW



Ukraine

Das Gebiet der heutigen Ukraine gehörte nach den polnischen Teilungen im 18. Jahrhundert bis zum Ende des Ersten Weltkriegs größtenteils zum Russischen Reich. Nur Galizien, die Karpatoukraine (Transkarpatien) und die Nordbukowina im Westen und Südwesten waren der Habsburgermonarchie unterstellt. Wie auch in anderen Ländern Europas erstarkten zum Ende des 19. Jahrhunderts nationale Bestrebungen, die die Errichtung von unabhängigen Nationalstaaten zum Ziel hatten. Nach dem Sturz der Zarenherrschaft in Russland im Februar 1917 bildete sich im bisher zu Russland gehörenden Gebiet in Kiew eine ukrainische Nationalversammlung, die eine Autonomie der Ukraine innerhalb Russlands anstrebte. Nach dem bolschewistischen Umsturz in Petrograd wurde im November 1917 die Ukrainische Volksrepublik als Teil der – eigentlich durch die Bolschewiki soeben aufgelösten – Russischen Republik gegründet. Das erklärte Ziel war ein föderaler Aufbau Russlands. Die neue – zunächst sozialistische – Regierung in Kiew befand sich somit von Anfang an im Konflikt mit den russischen Bolschewiki und ihren deutlich schwächeren ukrainischen Genossen, die hier ihre Macht etablieren wollten. Ende Dezember 1917 starteten die russischen bolschewistischen Roten Garden eine militärische Offensive in der Ostukraine, parallel zu diesem Angriff wurden Arbeiteraufstände in den Städten organisiert. Kurz vor der ersten Einnahme Kiews durch bolschewistische Truppen rief die Ukrainische Volksrepublik im Januar 1918 ihre Unabhängigkeit aus. Nach dem Brotfrieden von Brest-Litowsk, der zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und den Mittelmächten im Februar 1918 geschlossen wurde, mussten die Bolschewiken infolge einer gemeinsamen Offensive der ukrainischen, deutschen und österreichischen Truppen die Ukraine verlassen. Die Ukraine blieb zwar danach formell unabhängig, war aber von deutschen und österreichischen Truppen besetzt. In den folgenden Jahren weiteten sich die Kämpfe auf die gesamte zentrale und östliche Ukraine aus. Nach unzähligen Machtwechseln, ausländischen Interventionen, erbitterten Kämpfen zwischen den »Roten« und den »Weißen« und einem totalen Bürgerkrieg, in dem am Ende »alle gegen alle« gekämpft hatten (während dieser Zeit wechselte die Herrschaft in Kiew nicht weniger als 15 Mal), gewannen schließlich die Bolschewiki die Oberhand. Ab 1920 war das gesamte Gebiet der zentralen und östlichen Ukraine unter ihrer Kontrolle. Die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik wurde 1922 Teil der Sowjetunion.

In den vormals zu Österreich-Ungarn gehörenden Gebieten Galiziens in der westlichen Ukraine wurde 1918 die Westukrainische Volksrepublik gegründet. Die im Januar 1919 verkündete Vereinigung mit der Ukrainischen Volksrepublik blieb eher ein symbolischer Akt. Nach dem polnisch-ukrainischen Krieg von 1918/19 kam Galizien bis zum Zweiten Weltkrieg zu Polen, ebenso wie die Region Wolhynien im Nordwesten, die Sowjetrussland 1920 im Vertrag von Riga an Polen abtreten musste. Zugleich fiel die Karpatoukraine (Transkarpatien) an die neu gegründete Tschechoslowakei, die Nordbukowina wurde in das nach dem Ersten Weltkrieg stark erweiterte Rumänien eingegliedert.

In den zur Sowjetunion gehörenden Gebieten wurde die Sowjetherrschaft gewaltsam durchgesetzt: Geistliche und Gläubige wurden verfolgt, Mitglieder der vorherigen Regierungen und Angehörige der kulturellen und politischen Eliten verhaftet oder ermordet. Bauern wurden enteignet und in die neu eingerichteten staatlichen Kolchosen gezwungen, als Kulaken diffamierte Familien wurden deportiert oder ermordet. Zugleich setzte die Industrialisierung der Kohlereviere in der Ostukraine ein. 1929 erklärte Stalin die endgültige »Liquidierung« der noch vorhandenen freien bäuerlichen Wirtschaften zum Programm. Die Folge war die massenhafte Enteignung, Verhaftung, Deportation und Vernichtung Hunderttausender Menschen. Der »Holodomor«,

zusammengesetzt aus den Wörtern »holod« (Hunger) und »mor« (Massensterben), gehört zu den größten von Menschen verursachten Hungerkatastrophen des 20. Jahrhunderts. Lange Zeit zählte er zu den »weißen Flecken« der sowjetischen Geschichte. Obwohl der Begriff in Bezug auf das Hungersterben in der Ukraine ab Ende der 1970er Jahre von der ukrainischen Diaspora in den USA und Kanada geprägt worden war, hat man in der Sowjetunion erst während der Perestroika mit dem Leugnen und Verschweigen der »Großen Hungersnot« zaghaft gebrochen. Heute ist bekannt, dass auf dem gesamten Gebiet der UdSSR in den Jahren 1932/33 etwa sechs bis sieben Millionen Menschen an den Folgen von Hunger und Entkräftung dahinsiechten. In der Ukraine, wo heute der Holodomor als Genozid eingestuft wird (dieser Definition haben sich mittlerweile über 20 Länder der Welt angeschlossen), sind zwischen drei und 3,5 Millionen Menschen verhungert. In seiner jüngsten Studie von 2015 geht das Ukrainische demografische Institut sogar von 3,9 Millionen direkten Opfern aus.

Auch auf dem Gebiet der damaligen Kasachischen Autonomen Republik (heutiges Kasachstan) waren die Verluste enorm: Über 1,5 Millionen Menschen fielen hier dem Hunger zum Opfer. Besonders gravierend war die Hungerkatastrophe zudem im Nordkaukasus, vor allem im Kuban-Gebiet, am Don, in den weiten Landstrichen der Unteren und Mittleren Wolga, am südlichen Ural und in Westsibirien, in den Gebieten Kursk, Tambow und Wologda. Ganze Siedlungen verödeten innerhalb weniger Monate, einige Landstriche schienen vollkommen menschenleer. Dem »Großen Hungersterben« der 1930er Jahre gingen keine Naturkatastrophen voraus. Vielmehr war es das Resultat der extremen Gewaltpolitik des sowjetischen Staates. Ohne die Zwangskollektivierung – die seit 1929 gewaltsam betriebene Überführung bäuerlicher Kleinbetriebe in größere staatlich kontrollierte Kolchoseinheiten – und die »Entkulakisierung« – die stalinistische Repressionskampagne gegen vermeintlich wohlhabende Bauern – hätte es die Hungerkatastrophe so nicht gegeben. Zum einen sollte durch immer weiter steigende Getreideexporte die forcierte Industrialisierung des Landes finanziert werden. Zum anderen dienten die Maßnahmen der endgültigen Etablierung der Sowjetmacht auf dem Land. Das Dorf als verbliebene Bastion von Tradition und Glaube, das sich dem »sozialistischen Wertesystem« bisher entziehen konnte, sollte als letztes Hindernis der totalitären Herrschaft Stalins beseitigt werden. Widerstand gegen die Kollektivierung und die damit einhergehenden brutalen Getreidebeschlagnahmen hatte es von Anfang an gegeben. Stalin sah darin allerdings nicht die Reaktion auf seine brutale Politik gegenüber der Bauernschaft, sondern die »Sabotage getreidehortender Kulaken«. Unter diese willkürlich dehnbare Kategorie des »Kulaken« fielen vermeintlich wohlhabende Bauern sowie all diejenigen, die sich der Kollektivierung verweigerten.

In der Ukraine verbreitete sich in den ländlichen Gebieten zum Jahreswechsel 1931/32 der Hunger. Im Frühjahr 1932 waren bereits 144.000 Hungertote zu verzeichnen. Ein am 10. Juni 1932 vom ukrainischen Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Wlas Tschubar an den Ministerpräsidenten der UdSSR Wjatscheslaw Molotow gerichtetes Gesuch nach »dringender Versorgungshilfe« angesichts der kritischen Situation ließ die oberste Führung in Moskau unbeantwortet. Stattdessen verkündete Molotow bei mehreren Gelegenheiten, dass die angesetzten Requirierungsquoten unbedingt erfüllt werden müssten. Ohne Aussicht auf Hilfe versuchten Bauern in der Ukraine, insgeheim einen Teil der Ernte zurückzuhalten, um sich so vor dem Hunger zu schützen. Geahndet wurden diese Verzweiflungstaten mit Todesstrafe durch Erschießen oder mit zehn Jahren Lagerhaft. Unruhen und Aufstände nahmen zu – von 1630 in der gesamten Sowjetunion registrierten Protesten entfielen allein 1096 auf die Ukrainische SSR und das ethnisch-

ukrainisch besiedelte Kuban-Gebiet. Die Ukraine entwickelte sich in den Augen Stalins zum Zentrum politischer Destabilisierung. Er hatte nicht vergessen, dass es dort bereits 1930 zu massiven Bauernaufständen gegen die Kollektivierung gekommen war. Diesen national interpretierten Widerstand verband er mit dem gewachsenen Selbstbewusstsein der ukrainischen Funktionseliten, die er der Illoyalität gegenüber den übergeordneten Interessen der Sowjetunion verdächtigte. In den 1920er Jahren hatten die Bolschewiki im Zuge einer relativ liberalen Nationalitätenpolitik die in die UdSSR eingegliederten nichtrussischen Völker gefördert. Die ukrainische Sprache wurde 1923 als Amtssprache eingeführt, die nationale Kultur gezielt gefördert. Die Nationenbildung diente jedoch als ein Instrument der Sowjetisierung – »national in der Form, sowjetisch im Inhalt« sollten die Republiken fest im Bestand der UdSSR verankert werden. Die strategisch wichtige Ukraine wurde zunehmend als »Insel der Autonomie« und die Bauern als »Klasse« wahrgenommen und beides galt in den Augen der Sowjetführung gleichermaßen als gefährlich. Durch Hungerterror sollten die »Sabotage« der »Kulaken und Feinde des Kolchos-Systems« gebrochen und der ukrainische Widerstand endgültig erstickt werden.

Die Opferzahlen in den ukrainischen Dörfern waren wesentlich höher als in anderen Hungerregionen der UdSSR. Dies lag daran, dass in der Ukraine flächendeckend drakonische Maßnahmen eingeführt wurden, die in anderen Hungerregionen entweder nur vereinzelt oder gar nicht in derart brutaler Form Anwendung fanden. Am 18. November 1932 verhängte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine »Naturalienstrafen«. Kolchosen, die ihr Getreidesoll nicht erfüllten – was aufgrund der unerfüllbaren Bedingungen auf 90 Prozent aller Betriebe zutraf –, mussten zusätzlich das 15-fache ihrer Monatsnorm an Fleisch abliefern. Schafften Kolchosen die Planvorgaben nicht, wurden sie ab Anfang Dezember 1932 auf »Schwarze Listen« gesetzt. De facto bedeutete dies die Einstellung jeglichen Handels, die Konfiszierung aller in den Geschäften vorhandenen Nahrungsmittel und die Verhängung einer totalen Blockade über die Dörfer. Ihrer gesamten Wintervorräte beraubt, waren die Bauern dem sicheren Hungertod ausgeliefert. Bis Mitte Dezember waren 82 Rayons der Ukraine von den Maßnahmen betroffen.

Ab Mitte Dezember 1932 trafen die Terrormaßnahmen auch den mehrheitlich von ethnisch-ukrainischen Kosaken und Bauern bewohnten Kreis Kuban im Nordkaukasus. Per geheimen Beschluss des Rates der Volkskommissare der UdSSR vom 14. Dezember 1932 sollte die Geheimpolizei OGPU die »Sabotage der Getreideerfassung und der Aussaat« im Nordkaukasus und der Ukraine unterbinden. Es folgte eine Massendeportation von 60 000 bis 100 000 Kosaken aus ihren Siedlungen in den hohen Norden, an den Ural und nach Kasachstan. 15 000 Mitglieder der regionalen KP wurden verhaftet. Diese Säuberungsaktionen wirken wie die Vorläufer der späteren »nationalen Operationen«, die während des stalinistischen Massenterrors der Jahre 1937/38 ihren Höhepunkt fanden.

In den Wintermonaten 1932/33 versuchten Hunderttausende Bauern, aus den ukrainischen Hungergebieten in die angrenzenden Regionen Weißrusslands und der Sowjetunion zu fliehen, um dort an Nahrungsmittel zu gelangen. Am 22. Januar 1933 erging an die Parteiorgane sowie die OGPU eine von Stalin und Molotow unterzeichnete Direktive, die Grenzen zum Nordkaukasus und der Ukraine abzuriegeln. Keine der Hungerregionen im Ural oder an der Wolga wurde mit vergleichbaren Zwangsmaßnahmen belegt. Dort konnten Hunderttausende in den Norden Russlands oder in den Südkaukasus ausweichen, um dem Hungertod zu entkommen. Die Abriegelung der Gebiete sollte die Weiterverbreitung von Informationen über die Zustände auf dem Land unterbinden und die Verschärfung sozialer Spannungen in den Regionen durch umherziehende Hungeropfer verhindern. Bis Mitte März 1933 hatte die OGPU in Erfüllung der Direktive vom



Gedenkkreuze für die Opfer des Massenterrors in der Gedenkstätte Bykiwnja bei Kiew

22. Januar 219416 Menschen verhaftet, von denen 186588 zurück in ihre Wohnorte verfrachtet und 9385 vor Gericht gestellt wurden. 10657 Personen befanden sich in »Filtrationslagern«. Die territoriale Abschottung der Gebiete ermöglichte darüber hinaus die Durchführung der von Stalin angeordneten Säuberungskampagnen gegen sogenannte »nationale und antisowjetische Elemente« der ukrainischen Eliten im Bildungs-, Partei- und Landwirtschaftssektor. Für zahlreiche Menschen bedeutete das Verhaftung, Deportation und langjährige Inhaftierung in den Lagern des Gulag. Erst im Juli 1933, als der Hungerterror seine höchste Intensität und Ausbreitung erreicht hatte, genehmigte die Sowjetführung Hilfsleistungen für die von »Versorgungsschwierigkeiten« betroffenen Gebiete. Die Zuteilungen waren jedoch unzureichend. Obwohl im Land Millionen Menschen verhungerten, setzte die Sowjetunion den Export von 1830000 Tonnen Getreide zur Devisenbeschaffung fort. Auf dem Zenit der Hungerkatastrophe befanden sich in staatlich kontrollierten Kornspeichern zudem über eine Million Tonnen an Getreidereserven – ausreichend, um Millionen Menschen vor dem Hungertod zu bewahren.

Nachdem die Hungerkatastrophe überstanden war, kam das Land jedoch nicht zur Ruhe. Nur wenige Jahre später begann mit dem »Großen Terror« eine neue Welle von Massenverhaftungen und Hinrichtungen, denen wiederum Hunderttausende Ukrainer im Zuge der »nationalen Operationen« zum Opfer fielen. Zahllose Massengräber im ganzen Land zeugen von den Mordaktionen der sowjetischen Geheimpolizei. Bis heute sind weder die genaue Lage noch die Anzahl und Identität der Ermordeten geklärt, da der NKWD nach dem deutschen Einmarsch viele Unterlagen vernichtete, um zu verhindern, dass diese den Deutschen in die Hände fielen. An den bisher lokalisierten Erschießungsstätten und Massengräbern wurden oftmals Gedenkkapellen errichtet.

Kurz nach dem Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen fielen die sowjetischen Truppen am 17. September 1939 in Ostgalizien und Wolhynien ein. Entsprechend der Vereinbarungen des Hitler-Stalin-Pakts vom 23. August 1939 kam die bis dahin zu Polen gehörende Westukraine (Ostgalizien und Wolhynien) unter sowjetische Herrschaft. Im Juni 1940 annektierte die Sowjetunion die damals rumänische Nordbukowina. Wie in den Jahrzehnten zuvor bereits in den ostukrainischen Gebieten praktiziert, hielt nun auch hier der stalinistische Terror Einzug. Die polnischen Staatsbürger (ob Polen, Ukrainer oder Juden) – vor allem Politiker, Geistliche, Intellektuelle und als vermögend angesehene Menschen –, aber auch ukrainische Nationalisten wurden verhaftet, deportiert oder ermordet. Bis zum Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 fielen Hunderttausende Bürger in den neuen Gebieten der Ukrainischen SSR dem Terror zum Opfer. Vor diesem Hintergrund wurde der Einmarsch der deutschen Truppen im Juni 1941 von Teilen der Bevölkerung als Befreiung von der sowjetischen Herrschaft begrüßt. Ukrainische Freiwillige schlossen sich den deutschen Truppen beim Kampf gegen die Rote Armee an und verübten auch Massaker an der jüdischen Bevölkerung, die unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch begannen.

Die Hoffnungen, dass das Dritte Reich die ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen unterstützen würde, zerschlugen sich jedoch sehr schnell. Die OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) hatte unmittelbar nach dem deutschen Einmarsch in Lemberg (Lwiw) einen unabhängigen ukrainischen Staat ausgerufen. Dieser wurde von Nazi-Deutschland jedoch nicht anerkannt, sondern seine Anführer wie Stepan Bandera wurden verhaftet und nach Berlin überstellt, ab Anfang 1942 bis September 1944 wurden sie im KZ Sachsenhausen eingesperrt. Nach dem deutschen Einmarsch wurde auch in der Ukraine offenbar, dass das nationalsozialistische Deutschland einen verbrecherischen Angriffs-, Eroberungs- und Vernichtungskrieg führte und die Menschen in Osteuropa – wie Polen, Ukrainer, Weißrussen oder Russen – als Untermenschen ansah und ebenso behandelte. Mit dem Einmarsch der deutschen Truppen begann auch in der Ukraine die systematische Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Millionen Menschen fielen dem nationalsozialistischen Rassenwahn zum Opfer. Zudem ließen die Nazis Hunderttausende sowjetische Gefangene in den Lagern auf dem ukrainischen Gebiet verhungern und verschleppten Hunderttausende Ukrainerinnen und Ukrainer nach Deutschland zur Zwangsarbeit. Die gesamte Infrastruktur wurde zerstört. Timothy Snyder bezeichnet die Gebiete in der Ukraine, Weißrussland und Polen als »Bloodlands«. Gegen die deutsche Besatzungsherrschaft bildeten sich sowohl nationalistische als auch sowjetische Partisanenverbände. Die von ihnen verübten Sabotageakte wurden jedoch durch die Deutschen mit brutalen Vergeltungsaktionen gegen die Zivilbevölkerung beantwortet.

Mit dem Vormarsch der Roten Armee gegen die deutsche Wehrmacht kämpften die nationalistischen Partisanenverbände nicht mehr nur gegen die deutschen Okkupanten, sondern auch gegen die sowjetische Armee. Ein Teil der ukrainischen Nationalisten, der die stalinistische Sowjetunion nach dem Terror in den Jahren 1939 bis 1941 für das schlimmere Übel hielt, kollaborierte mit den Deutschen und nahm auch in Kampfverbänden (Division Galizien oder die 14. Waffen-Grenadier-Division der SS) an den Schlachten gegen die Rote Armee teil. Die 1942 gegründete UPA (Ukrainische Aufständische Armee) bekämpfte ab 1943 die deutschen Truppen und die polnische Heimatarmee (AK – Armija Krajowa). Der seit Ende des Ersten Weltkriegs andauernde Konflikt mit Polen artete im Blutbad von Wolhynien aus, als die UPA-Verbände 1943/44 nach verschiedenen

Schätzungen zwischen 35 000 und 60 000 polnische Bürger ermordeten (dazu zwischen 25 000 und 40 000 in Ostgalizien) und die AK in Vergeltungsaktionen Tausende Ukrainer tötete. Am Ende des Krieges kämpfte die UPA vor allem gegen die vorrückenden sowjetischen Einheiten. Nach dem Krieg setzte sie ihren Guerilla-Kampf gegen die Sowjetunion fort. Erst Mitte der 1950er Jahre konnten die sowjetischen Truppen die UPA endgültig zerschlagen, einzelne Widerstandszellen gab es noch bis in die 1960er Jahre.

Nach dem Sieg der Anti-Hitler-Koalition und der Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 sowie entsprechend der alliierten Vereinbarungen kam das gesamte ukrainische Gebiet einschließlich der vormaligen westukrainischen Gebiete unter sowjetische Kontrolle. Im Juni 1945 wurde Transkarpatien laut Vertrag zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei Teil der Ukrainischen SSR. Nach dem Ende des Krieges wurden auch in der Ukraine die Verfolgungen fortgesetzt. Diese trafen zum einen tatsächliche und vermeintliche Kollaborateure, die mit den deutschen Besatzern zusammengearbeitet hatten oder an Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung beteiligt waren. Zugleich richtete sich der Terror erneut gegen jeden, der als potenziell gefährlich eingeschätzt wurde. Dies konnten Vertreter der ukrainischen Unabhängigkeitsbewegung ebenso sein wie Künstler und Intellektuelle oder einfache Arbeiter und Bauern, die unter den geringsten Vorwürfen verhaftet und nach Sibirien deportiert wurden. Nach Stalins Tod ebte auch in der Ukraine der Terror ab, die Repressionen setzten sich aber in einer abgeschwächten Form fort. Obwohl die ukrainische Sprache und Kultur offiziell anerkannt und zugelassen waren, wurden Personen, die sich für die Förderung freier ukrainischer Kultur und die Liberalisierung des wieder zunehmend repressiveren sowjetischen Systems einsetzten, als Staatsfeinde verfolgt und inhaftiert. Dieses Schicksal ereilte viele Dissidenten wie etwa den ukrainischen Dichter Wassyl Stus, der 1985 im sibirischen Lager Perm 36 unter ungeklärten Umständen ums Leben kam. Nach der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 wurde im nächsten Jahr in der Ukraine eine Helsinki-Gruppe gegründet, die Menschenrechtsverletzungen dokumentierte und sich für Demokratisierung einsetzte.

Impressum

© 2018 Sandstein Verlag, Dresden und Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben von Anna Kaminsky
im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung
der SED-Diktatur
Kronenstraße 5
10117 Berlin
www.bundesstiftung-aufarbeitung.de
buero@bundesstiftung-aufarbeitung.de

Fachlektorat
Maria Matschuk

Lektorat
Sina Volk, Sandstein Verlag

Satz und Reprografie
Jana Felbrich, Jana Neumann, Sandstein Verlag

Gestaltung
Jana Felbrich, Sandstein Verlag

Druck und Verarbeitung
FINIDR, s. r. o.
Český Těšín

Titelmotiv
Mahnmal für die Opfer der Hungerkatastrophe
in Kasachstan (© Jens Schöne)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

www.sandstein-verlag.de
ISBN 978-3-95498-390-2